

# Konsolidierung ohne Verkauf

**RUNDER TISCH** Verwaltungsspitze, Politik und Gewerkschaften diskutieren über die Probleme im Dessau-Roßlauer Haushalt und das angekündigte Konjunkturpaket.

DESSAU-ROSSLAUJMZJSB - Die Stadt Dessau-Roßlau hofft, aus dem 50 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket des Bundes mindestens zwölf Millionen Euro abzukommen. "Das Konjunkturpaket auf Einwohner umgerechnet, ergibt diese Zahl", erklärte Finanzdezernentin Sabrina Nußbeck. Wahrscheinlich könnte die Summe sogar noch steigen. Da Investitionen überwiegend in Bildung fließen sollen und viele kleinere Gemeinden beispielsweise gar keine Schulen mehr haben, könnten die Mittelzentren und Oberzentren sogar noch mehr abbekommen.

**Haushalt dringend notwendig**

Dessau-Roßlau muss dafür aber ein entscheidendes Problem lösen. "Wir haben Projekte in der Schublade. Wir brauchen Hilfe bei den Eigenmitteln, vor allem aber einen genehmigungsfähigen Haushalt",

erklärte Oberbürgermeister Klemens Koschig. "Ohne den dürfen wir keine neuen Investitionen beginnen", bestätigte Nußbeck. Die Führungsspitze des Dessau-Roßlauer Rathauses war am Dienstag zu Gast beim 1. Kommunalpolitischen Runden Tisch. Die Dessau AG und die Gewerkschaft Verdi hatten in die ehemalige Hauptpost am Hauptbahnhof geladen.

Es sollte um Haushaltskonsolidierung gehen - und um die Notwendigkeit, dafür vielleicht kommunales Eigentum an städtischen Betrieben zu veräußern. "Es gibt keinen Beschluss zur Veräußerung. Es werden keine Verhandlungen geführt", stellte Koschig am Anfang klar und ließ doch keine Zweifel daran, sich den Verkauf "als letzte Option" zumindest theoretisch vorbehalten zu wollen.

Ob diese theoretisch bleibt, wird sich in den nächsten Wochen zei-

gen. Am 27. Januar beginnen die Beratungen zum Haushaltsplan 2009. Bislang wird der Haushaltsausgleich bis 2016 um etwa acht Millionen Euro verfehlt. Da aber war das gute Ergebnis - der Jahresabschluss 2008 hat kein neues strukturelles Defizit - noch nicht eingerechnet. "Das erleichtert die Konsolidierung", gab Nußbeck zu. "Wir werden aber um schmerzhaft Entscheidungen nicht umhin kommen." Vor allem, weil die Auswirkungen der Finanzkrise nicht einmal schätzbar sind.

Die Politik will diese schmerzhaften Entscheidungen mildern. "Dessau-Roßlau steht mit diesem Problem ja nicht allein. Wir müssen den Konsolidierungszeitraum verlängern", sah SPD-Fraktionschef Ingolf Eichelberg das Land in der Pflicht. "Gerade wegen der momentanen Finanzkrise." Eichelberg nannte 2020 als Ziel.

"Uns", machte Nußbeck deutlich, "würde schon das Jahr 2017 helfen." Eichelberg forderte zudem, die Potenziale der städtischen Betriebe noch mehr zu erschließen. "Ohne die Einflussnahme Dritter." Das machte auch Koschig klar. "Die Stadt muss sich ihrer Gesellschafterrolle stärker bewusst werden." Um ganz am Ende einen Verkauf überflüssig zu machen.

**Schädliche Diskussion**

"Schon die Diskussion um einen Verkauf ist schädlich für die Unternehmen, weckt Begehrlichkeiten, lockt Spekulanten", warnte Ralf Schönemann. Allenfalls Bürgerobligationen konnte sich der Fraktionschef der Linken im Stadtrat vorstellen. "Die Konsolidierung ist schaffbar auch ohne Verkauf", sagte Eichelberg. Im Sinne der Stadt. "Wenn die Stadtwerke Ende des vergangenen Jahres nicht in kom-



Der erste kommunalpolitische Runde Tisch war eckig, diskutiert wurde trotzdem über die Haushaltskonsolidierung.

FOTO: SEBASTIAN

munaler Hand gewesen wären, wäre es einigen Unternehmen in der Stadt an den Kragen gegangen."

Am 22. April soll der Dessau-Roßlauer Stadtrat den neuen Haushalt beschließen. Trotz aller Probleme. Was bis dahin nicht vorliegt, wird ein Gutachten zu möglichen Einsparungen in der Verwaltung sein. Vorige Woche wurde es vergeben - an Rödl & Partner, die schon die kommunalen Unternehmen der Doppelstadt untersucht hatten.

"Mal sehen, was sich daraus

noch ergibt", ist auch Finanzdezernentin Sabrina Nußbeck gespannt. Wunderdinge erwartet niemand. Die von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer beim Neujahrsempfang der Wirtschaft geäußerte Kritik an den Dessau-Roßlauer Personalkosten hat die Verwaltungsspitze im Rathaus mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen. "Personalschlüssel sind nicht alles. Halle hat die besten Quoten, aber auch die größten Haushaltsprobleme."